



Pressemitteilung

Friedberg, 26. März 2022

Solidarität mit der Ukraine und Verurteilung des Angriffskriegs gegen das Land

Delegiertenversammlung der Landesärztekammer hisst Flagge der Ukraine und verabschiedet Ukraine-Resolution

Friedberg. Die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen (LÄKH) hisst heute als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und als Zeichen gegen den Angriffskrieg gegen die Ukraine die Flagge der LÄKH und die Flagge der Ukraine. Zugleich hat das hessische Ärzteparlament eine Resolution verabschiedet:

Die Delegiertenversammlung der LÄKH verurteilt den nicht provozierten Angriffskrieg durch Putin gegen die Ukraine, der viele Menschenleben kostet und schweres körperliches und seelisches Leid verursacht.

Erschüttert nehmen die hessischen Ärztinnen und Ärzte wahr, dass laut Weltgesundheitsorganisation zahlreiche Gesundheitseinrichtungen und Krankenwagen im Einsatz Ziele von Angriffen der russischen Armee wurden.

Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen stehen laut Genfer Konvention unter besonderem Schutz. Die Delegiertenversammlung verurteilt jeden Verstoß gegen die Genfer Konvention auf das Schärfste und fordert die Kriegsführenden dringend zu deren Einhaltung auf.

Ebenfalls fordert die Delegiertenversammlung alle Konfliktparteien auf, Zivilisten das sichere Verlassen der Kampfgebiete zu einem sicheren Ort eigener Wahl zu ermöglichen und humanitären Helfern den Zugang zu den Gebieten zu ermöglichen.

Aufgrund des anhaltenden Krieges ist damit zu rechnen, dass Kriegsverletzte und kriegsunabhängig schwer erkrankte Personen in der Ukraine nicht mehr adäquat versorgt werden können. Das deutsche Gesundheitswesen ist in der Lage, einen Teil dieses Versorgungsbedarfes zu decken. Die hessische Ärzteschaft unterstützt die Aufnahme schwerstkranker Patientinnen und Patienten aus der Ukraine.

Die Delegiertenversammlung der LÄKH begrüßt die Ankündigung des Bundesgesundheitsministers, dass Geflüchtete aus der Ukraine einen Anspruch auf alle von der Gesetzlichen Krankenversicherung angebotenen Leistungen erhalten sollen.



Pressemitteilung

Ukrainischen Flüchtlingen soll ein Impfangebot gemacht werden

Die Delegiertenversammlung begrüßt die zwischenzeitlich vom HMSI vorgenommene Regelung, ergänzend zu den bereits durchgeführten Corona-Tests den Flüchtlingen auch direkt ein Impfangebot zu machen.